

BUND - Brief



Mitgliederrundbrief für Marburg - Biedenkopf

September 2021

Liebe Leser*innen,

Das Klima verändert sich schneller als befürchtet. Dies belegen die vielen Wetterkatastrophen in der letzten Zeit. Und es dokumentiert der neueste alarmierende Bericht des Weltklimarates IPCC.

Wenn sich die Politik nicht drastisch ändert, werden wir die im Pariser Klimaabkommen festgelegte Grenze von 1,5° C bereits im Jahr 2030 und nicht in 2040 erreichen.

All die Wetterextreme, die Experten erstmals in den achtziger Jahren prognostiziert haben, treffen auch in Deutschland ein: Hitzeperioden, Dürresommer, Starkregen und Überschwemmungen. Mit verheerenden Folgen für unseren Wald, die Landwirtschaft und letztlich der Gesundheit und Überleben der Menschen. Allein im Hitzesommer 2018 starben über 20.000 meist ältere Menschen. Nicht auf einem südlichen Kontinent, sondern bei uns in Deutschland.

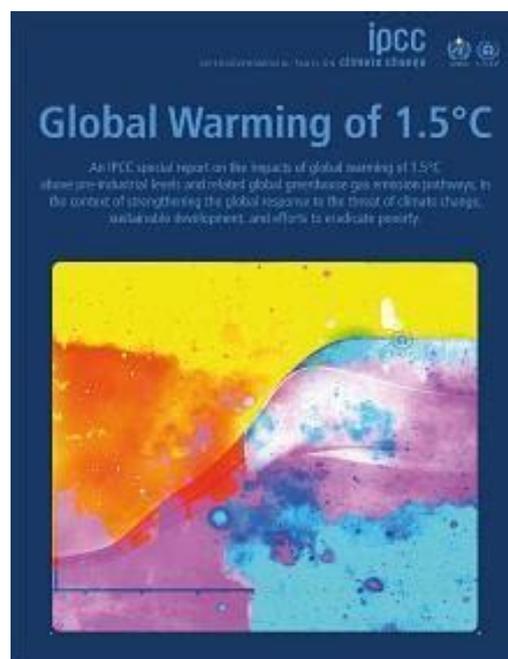
Jahrzehntelang haben die verantwortlichen Politiker*innen das Klimaproblem ignoriert und viel zu wenig getan. Bis heute. Und was sagt der voraussichtlich künftige Kanzler Armin Laschet angesichts der schrecklichen Bilder im Hochwasserkatastrophengebiet auf die Frage, ob ihn das Hochwasser dazu bringe, früher aus der Kohle auszusteigen: „Weil jetzt ein solcher Tag ist, ändert man nicht die Politik“.

Dieses ignorante sture Festhalten an der Kohlepolitik des CDU-Kanzlerkandidaten ist bei weitem schlimmer, als sein Kichern während der Rede des Bundespräsidenten. Denn ohne eine radikale Änderung der Klimapolitik in allen Bereichen werden die Folgen für kommende Generationen unabsehbar.

Persönlich bin ich der Meinung, dass jedoch nicht nur die Politik in der Verantwortung steht, sondern jede/r von uns als Konsument*in. Hier liegt ein riesiges Potential für den Klimaschutz. So verursachen allein die Bereiche Konsum (39%) und Ernährung (15%) mehr als die Hälfte des CO₂-Fußabdruckes der Deutschen.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Stadt Marburg auch in diesen Bereichen Maßnahmen ergreift. Nur so lässt sich das Marburger Ziel erreichen, bis 2030 klimaneutral zu sein. Das Klimabündnis unterstützt die Forderung des BUND, den Klimaaktionsplan Marburg entsprechend zu ergänzen. (siehe Artikel „Forderungen des BUND...“ Seite 6).

Auch im Verkehrssektor besteht in Marburg noch ein sehr hoher Handlungsbedarf, den der BUND immer wieder angemahnt hat. Die Stadt erarbeitet derzeit ein Konzept Move 35. Es steht zu befürchten,



dass das Ziel der Klimaneutralität weit verfehlt wird. (siehe Artikel Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung 35: wenig nachhaltige Impulse auf Seite 10).

Immerhin beteiligt sich die Stadt Marburg an dem bundesweiten Wettbewerb „Wattbewerb“. Dabei geht es um einen massiven Ausbau der Solarenergie (siehe Flyer Wattbewerb auf Seite 14) an dem sich jede/r beteiligen kann mit vielen Möglichkeiten: Hausbesitzer*innen können sich PV-Anlagen aufs Dach installieren lassen. Stromerzeugung für den Eigendarf ist zudem äußerst wirtschaftlich. Wer schon eine Solaranlage auf dem Dach hat kann seine Nachbarn von den Vorteilen überzeugen. Mieter*innen können sich Solarmodule an den Balkon montieren. Diese werden von der Stadt Marburg sogar mit 150 € gefördert. Man kann sich finanziell an Bürgerenergieprojekten beteiligen oder die Beteiligung an seine Kinder/Enkel verschenken. Wer sich in ganz besonderem Maße engagieren will, der/die kann sich als Bürgersolarberater*in ausbilden lassen (siehe Artikel: Für alle, die aktiv die Energiewende mitgestalten wollen auf Seite 12).



Der Kreisverband lädt alle zu seiner Mitgliederversammlung am 20. 09. 2021.

Wir freuen uns jede/n, die/der geimpft, genesen oder getestet ist in den Räumen der Geschäftsstelle.

Schließlich sind wir Wähler*innen aufgefordert, die Bundestagswahl am 26. September für eine Kursänderung zu nutzen. Der BUND Marburg-Biedenkopf will dazu seinen Beitrag leisten und mobilisiert für den globalen Klimastreik am Freitag, den 24. September. Gehen Sie mit uns auf die Straße, bringen Sie Familie und Freunde mit. Und nutzen Sie zwei Tage die einmalige Chance die Wahl zu einer Klimaschutzwahl zu machen. Bitte wählen Sie nur Parteien, für die Klima- und Artenschutz höchste Priorität besitzen.

Herzlichst

(Vorstandssprecher)

Inhalt

Editorial	1
Einladung zur Jahreshauptversammlung 2021 des Kreisverbandes MR-BIED. u. des OVMR .3	
Tätigkeitsbericht des OV Marburg für das erste Halbjahr 2021	4
Forderungen des BUND OV Marburg an die zukünftige Regierung der Stadt Marburg	6
Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung 35: wenig nachhaltige Impulse	10
Für alle, die aktiv die Energiewende mitgestalten wollen:	12
Flyer Wattbewerb Marburg	14
BUND fordert den Klimaaktionsplan um das Handlungsfeld Konsum zu erweitern	16
STOP dem Grundwasser-Raubbau im Amöneburger Becken	18
BUND OV Kirchhain sucht Betreuer/Betreuerinnen für seine Kindergruppe	22
BUND-Adressen	23

Einladung **zur**
Jahreshauptversammlung 2021 des Kreisverbandes MR-BIED. u. des OV MR
für Montag, den 20.09.2021 um 19:00 Uhr
in der Kreisgeschäftsstelle in Marburg, Krummbogen 2

Vorgeschlagene Tagesordnung:

- TOP 1:** Eröffnung und Begrüßung
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
Feststellung der Tagesordnung
- TOP 2:** Vortrag: Thema und Referent*in werden noch mitgeteilt.
- TOP 3:** Tätigkeitsbericht der Vorstände
- TOP 4:** Kassenbericht und Kassenprüfbericht
- TOP 5:** Aussprache über Tätigkeits- und Kassenbericht; Ideen- und Aufgabensammlung 2021 und 2022
- TOP 5:** Entlastung des Vorstands und der Schatzmeisterin
- TOP 6:** **Wahlen** der Kassenprüfer und der Delegierten
- TOP 7:** Verschiedenes

Bei einem kleinen Imbiss und geselligem Beisammensein berichten wir über das Jahr 2020 und die künftige Planung für die Jahre 2021 und 2022.

Hinweis: Zu dieser Versammlung haben wir wegen der Einhaltung von Fristen auch im BUND-Magazin eingeladen. Sie steht natürlich weiterhin unter dem Vorbehalt aktueller Regelungen zu Corona.

Auf eine rege Teilnahme freuen wir uns.

Heinz Heintzmann

Unser Beitrag zur Abfallvermeidung

*Essgeschirr, Kaffeegedecke,
Alt-, Sekt-, Weingläser, Besteck
15 Cent/geliehenes Geschirrtel*



Tätigkeitsbericht des OV Marburg für das erste Halbjahr 2021

Das städtische Bauvorhaben am Hasenkopf beschäftigte uns weiterhin. Nachdem aus Ausschreibungsunterlagen zum städtebaulichen Wettbewerb für das geplante Baugebiet eine Ausweitung der zu beplanenden Fläche über die knapp 10 ha Bebauung hinaus um weitere 6 ha „Einbindung in die Landschaft“



Foto: Marburg-net.de

hervorging, wandten wir uns mit einem Fragenkatalog dazu an die Stadtverwaltung. Die Antwort darauf blieb vage und eher unbefriedigend. Parallel erarbeiteten wir eine weitere Presseerklärung zu dem Thema, die von der OP, wenn auch mit einiger Verzögerung, letztlich aufgegriffen wurde. Nun kommt es auf die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs an, die wohl im Herbst der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen. Wir lehnen das Projekt nach wie vor in seiner Gänze ab, werden es weiterhin bekämpfen und erhalten dabei mittlerweile Unterstützung durch eine neu gegründete Bürgerinitiative, in der viele Eigner von Grundstücken auf dem Hasenkopf vertreten sind. Es besteht also noch Hoffnung für den Hasenkopf.

Zur Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl in Marburg erarbeiteten wir „Wahlprüfsteine“, einen Fragenkatalog zu Umwelt- und Naturschutzthemen, den wir an eine Auswahl der antretenden Parteien und KandidatInnen stellten. Die umfang- und aufschlussreichen Antworten darauf sind auf unserer Homepage (<http://www.bund-marburg.net/>) dokumentiert. Im Nachgang der Wahl stellten wir einen Katalog an Forderungen an die Fraktionen des neuen Stadtparlaments, der auch in diesem Rundbrief zu finden ist. Über diesen Katalog wurde in der OP berichtet. Zwischenzeitlich zeichnet sich ein Bündnis aus SPD, Grünen, Linken und Klimaliste ab- wir werden unsere Themen und Forderungen unabhängig davon gegenüber jedweder Koalition mit Nachdruck vertreten.

Zu der Fülle von Bebauungsplänen, die im Laufe des Frühjahrs in die Offenlage gingen, erarbeiteten wir zum Teil umfangreiche Stellungnahmen, mit vielen Hinweisen und Forderungen zum Klimaschutz und zur rationellen Brauchwassernutzung. Nach wie vor macht es uns die Stadtverwaltung nicht leicht, in ihren Planungen echte Fortschritte zu erkennen.

In jüngster Zeit haben wir begonnen, uns mit Wegrändern als Lebensraum und vernetzendem Element in der Landschaft zu befassen – ausgelöst durch die aus Naturschutzsicht schädliche Mäh- und Mulchpraxis von Kommunen und privaten Akteuren.

Das Thema Wasser in all seinen Facetten, sei es die von den Kommunen vorangetriebene Erschließung neuer Quellen, seien es die Versäumnisse beim sparsamen Umgang mit Trinkwasser oder der sinnvollen Brauchwassernutzung, treibt uns ebenfalls um und wird uns noch weiter beschäftigen.

Bereits zum zweiten Mal hat sich der OV dieses Jahr zu einem gemütlichen Picknick auf dem Hasenkopf getroffen – da unsere Treffen coronabedingt immer noch rein virtuell stattfinden, war dies eine willkommene Gelegenheit, uns einmal wieder persönlich auszutauschen.

Wir treffen uns weiterhin jeden Mittwoch um 19:30, bis auf weiteres per Videokonferenz. Neue Aktive und Interessierte sind uns jederzeit willkommen. Wer möchte, kann einfach zwanglos und unverbindlich dazustoßen. Eine Mail an infomr@ovmr.bund-hessen.net ist ausreichend, wir antworten dann mit dem Teilnahme-Link. Wir freuen uns über jede Verstärkung!

Ingmar Kirck

***Apfelsaft von Äpfeln aus eigenem
Streuobstwiesenbestand im „Heiliger Grund“
Gekeltert in der Region***



**Preis Kiste (6x1l)
11,60€ + 2,40€ Pfand**



Forderungen des BUND OV Marburg an die zukünftige Regierung der Stadt Marburg

Lahnrenaturierung

Der BUND fordert eine konsequente Fortsetzung der Renaturierung der Lahn im Stadtgebiet. Im Schwerpunkt geht es dabei um folgende Projekte:

1. Rückbau der noch vorhandenen Parkplätze in der Lahnaue.
2. Bei der anstehenden Sanierung des Grüner Wehrs ist der Umbau nach der Konzeption „Raue Rampe“ unter den Aspekten Naturnähe und umfassender Verbesserung der Gewässerökologie unter Wahrung der Belange des Denkmalschutzes zielführend und jeder anderen Konzeption überlegen.



Dies nicht zuletzt unter den Aspekten:

- Bestmögliche Variante zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit für alle tangierten Arten des Lebensraum Lahn, ihrer Ökologie und Naturnähe
- Adäquate Lösungsvariante im überörtlichen Kontext des EU Projektes „Living Lahn“
- Höchstmögliche Konformität zu den Zielaussagen der EU-Wasserrahmenrichtlinie
- Höchstmögliche Wiederherstellung der Naturnähe des aquatischen Lebensraums.
- Aller Voraussicht nach deutliche Minimierung der Projektkosten insgesamt im Verhältnis zu der bisher vorgelegten Projektvariante
- Höchstmögliche Reduzierung der durch die Baumaßnahme verursachten Gesamt-CO₂-Emissionen.
- Zum Projekt Grüner Wehr hat der BUND Marburg bereits eine ausführliche [Stellungnahme](#) an den Magistrat übermittelt.

3. Die Errichtung von Kleinwasserkraftanlagen sollte unterbleiben. Dies gilt insbesondere auch für das Projekt Lohmühle. Der BUND bewertet dieses Projekt als ökonomisch wie ökologisch nicht zielführend, Begründung:

- Der durch die Herstellung des Bauwerks und begleitender Anlage verursachte Entstehung von CO₂ steht keine CO₂-Amortisation in angemessenen Zeiträumen gegenüber. Weder die Stadt Marburg noch das Hessische Umweltministerium, das eine Förderung in beträchtlicher Höhe in Aussicht stellte, waren bisher in der Lage oder bereit, auf Nachfrage des BUND Marburg nachvollziehbare Daten zu liefern.
- Der Betrieb der Lohmühle würde zu einer Reduzierung der Abflussmenge im originären Lahnbett unterhalb des Grüner Wehr führen. Insbesondere in den zunehmenden Phasen von Niedrigwasserführung infolge des Klimawandels würden die gewässerökologisch wertvollen Strukturen dieses Lahnabschnitts schwerwiegend und inakzeptabel beeinträchtigt.
- Der geringe erwartete Stromertrag von 70000 kWh/J aus dieser Anlage steht demzufolge in keinem angemessenen Verhältnis zu den ökologischen Risiken/Schäden. Eine einzige Windkraftanlage produziert im Gegensatz dazu etwa die 100 fache Strommenge.



Foto:OP-Marburg.de

Windenergie

Der BUND fordert die zukünftige Stadtregierung auf, den Ausbau der Windenergie auf den Marburger Vorrangflächen aktiv zu fördern und voranzutreiben. Die konsequente Ausnutzung des Windkraftpotenzials im Stadtbezirk Marburg ist essenzielle Voraussetzung zur Realisierung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030.

Flächenverbrauch

Der BUND fordert eine massive Reduktion des Flächenverbrauchs, insbesondere im Außenbereich. Anzustreben ist eine Netto-Null-Neuersiegelung. Die Innenentwicklung sollte weiterhin einen klaren Vorrang genießen, z.B. durch Aufstockung, Bebauung bereits versiegelter Flächen, Wiederbelebung von Dorfkernen, Aktivierung von Baulücken in den Außenstadtteilen, Denkmalschutz konforme Umnutzung nicht mehr genutzter landwirtschaftlicher Nebengebäude. Bei Wohnungs- wie auch Gewerbebau ist möglichst platzsparend zu planen. Bisher prognostizierte Bedarfe an neuen Wohnungen und Gewerbeflächen sollten aktuell und regelmäßig überprüft werden.

Entwicklung und naturschutzkonforme Bewirtschaftung des öffentlichen Grüns im Siedlungs- und Außenbereich.



Der BUND fordert, die öffentlichen Grünflächen konsequent nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten zu bewirtschaften. Ziel ist die optimierte Aktivierung des im Eigentum der öffentlichen Hand stehenden Potenzials an Grünflächen zur Entwicklung artenreicher Blühflächen für die bedrohte Vielfalt der Insektenwelt sowie zur Steigerung des Erlebniswertes.

Die Unternehmen der privaten Wohnungswirtschaft sollten seitens der Stadt gezielt angesprochen werden, sich einem vergleichbaren Flächenmanagement anzuschließen.

Die wünschenswerte Reduzierung der Pflegeintensität verringert zusätzlich CO₂-Emissionen. Neucinsaat sollten nur mit Regio-Saatgut erfolgen, bestehende Flächen z.B. zweischurig gemäht werden bei Abtransport des Mahdguts. Spontan entstehende Vegetation wie z.B. Ruderalfluren sollte, wo immer möglich, toleriert und gefördert werden. „Schottergärten“ sollten im gesamten Stadtgebiet verboten werden.

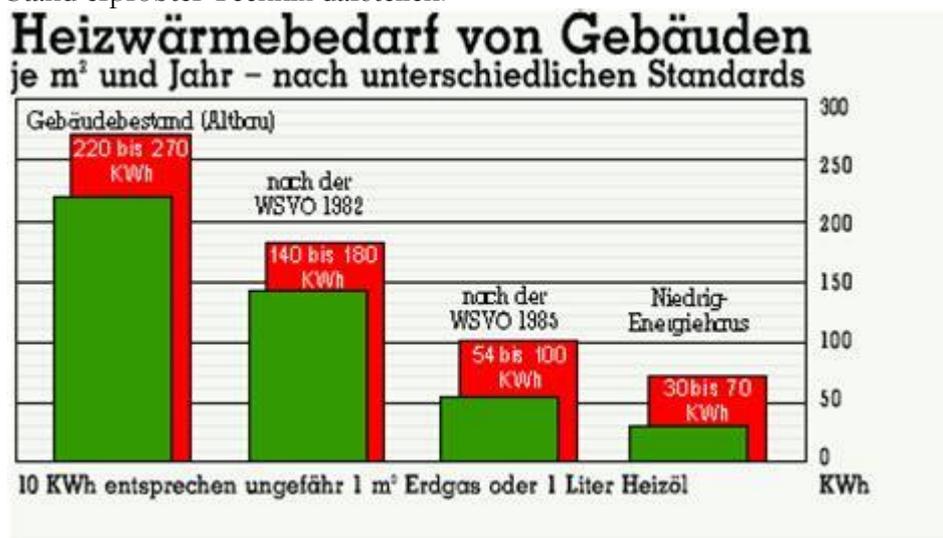
Diese Sachverhalte bedürfen nach Auffassung des BUND Marburg einer klar umrissenen Regelung durch Ausarbeitung und Erlass einer zielführenden „Grünsatzung“ für den gesamten Stadtbezirk Marburg.

Zukunftsfähiges Mobilitätsangebot für den Pharma-Standort Görzhäuser Hof

Mit oder ohne den weiteren Ausbau des Pharmastandortes Görzhäuser Hof muss umgehend ein Planungsprozess in Gang gesetzt werden, mit dem für ein zukunftsfähiges Mobilitätsangebot die Weichen gestellt werden. Die Lösung kann nicht eine Ausweitung im Angebot für den motorisierten Individualverkehr sein. Der BUND Marburg fordert deshalb die umgehende Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Anschluss des Standortes Görzhäuser Hof an die Lahntal-Bahnstrecke mit Haltepunkten in Michelbach und am Görzhäuser Hof. Er fordert zudem die Verankerung eines derartigen Projektes in der Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Mittelhessen durch Initiative der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf ([Stellungnahme](#) des BUND).

Bauen und Sanieren nach Kriterien des Klimaschutzes und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Zum Erreichen des Zieles Klimaneutralität in Marburg bis zum Jahr 2030 sind für den Baubestand immense Anstrengungen zur Reduzierung des Heizwärmebedarf zu leisten. Im Neubaubereich müssen Standards erfüllt werden, die deutlich über den gesetzlich normierten Anforderungen liegen und längst Stand erprobter Technik darstellen.



Gleichzeitig müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, im Neubaubereich das Dachflächenangebot vorrangig für die Solarenergienutzung und Regenwassernutzung als Brauchwasser in den Haushalten verfügbar zu machen. Hinzutreten müssen die Aufbereitung von Grauwasser und additiv dezentral gewonnenes Grundwasser zur Abdeckung des Brauchwasser Restbedarfs. ([Positionspapier](#) des BUND „Bauen und Sanieren im Klimawandel“).

Erhalt von Kaltluftentstehungsflächen und Frischluftschneisen

Im Kontext der Klimawandelanpassung kommt dem Erhalt von Kaltluftentstehungsflächen und Frischluftschneisen eine besondere Bedeutung für den Erhalt eines verträglichen Stadtklimas zu. Daher fordert der BUND, diese Gebiete zu identifizieren und unbedingt von Bebauung

freizuhalten.

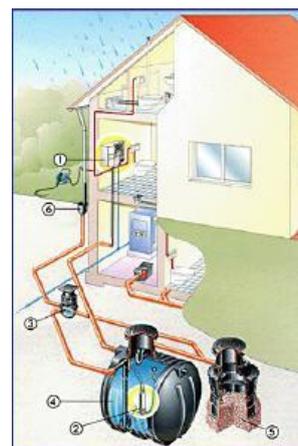
Erarbeitung einer Satzung für die Stadt Marburg zur vorrangigen Gewinnung/Nutzung von Niederschlagswasser für Zwecke der Brauchwassernutzung

Die klimastrategische Bedeutung einer rationellen und sparsamen Nutzung des Naturgutes

Wasser ist in der Marburger Stadtpolitik noch nicht wirklich angekommen. Im städtischen Klimaaktionsplan kommt sie schlicht nicht vor. Einen wichtigen Ansatz sieht der BUND Marburg

in der Erarbeitung einer qualifizierten kommunalen Satzung. Als Ausgangspunkt der Diskussion

sieht der BUND das konkrete Beispiel der [Stadt Oberursel](#).



Erarbeitung und Verabschiedung einer Satzung zur Reduzierung des Einsatzes von motorisierten Laubblasegeräten

Der Einsatz von Laubblasegeräten ist im Hinblick auf die verursachte Lärmbelastung und die CO₂-Emissionen auch beim Einsatz von Elektrogeräten nicht mehr zeitgemäß. Er ist durch Erarbeitung/Verabschiedung einer Satzung soweit zu reduzieren, als dies im Rahmen von Bundes- und EU-Recht möglich ist. Soweit es sich um die Reinigung von öffentlichen Wegen und Flächen im Stadtbezirk Marburg handelt, ist der Einsatz entsprechender Geräte von der Stadt Marburg als Auftraggeber zu beenden.

Eine echte Verkehrswende in Marburg

Der BUND fordert die neue Stadtregierung auf, in Marburg eine Verkehrswende einzuleiten, die den Namen verdient. Das bedeutet eine klare Abkehr vom Primat des motorisierten Individualverkehrs. In Zukunft sollte Verkehr in Marburg von den schwächeren Verkehrsteilnehmern her gedacht werden, mit einer klaren Priorisierung des Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehrs. Dazu gehören Maßnahmen wie Tempo 30 in der ganzen Stadt, eine möglichst kurze Taktung des Busverkehrs, sowie eine signifikante Einschränkung des MIV in der Innenstadt, ggf. durch eine Citymaut oder eine intensiviertere Parkraumbewirtschaftung.

Transparenz und Beteiligung

Bei größeren Vorhaben der Stadt Marburg sollte die Zivilgesellschaft so frühzeitig, so transparent, so ergebnisoffen und so repräsentativ wie möglich beteiligt werden. Nur so kann das notwendige Vertrauen geschaffen werden, um gemeinsam den schwierigen Weg zur Klimaneutralität 2030 beschreiten zu können.

Ingmar Kirck für den BUND OV Marburg



Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung 35: wenig nachhaltige Impulse

In dramatischer Weise führen uns die jüngsten Starkregenereignisse in Rheinland- Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie die verheerenden Waldbrände in Südeuropa und Nordafrika die besorgniserregende Entwicklung des Klimawandels vor Augen. Nicht zuletzt die Klimaziele verschiedener globaler Klimakonferenzen mahnen dringenden Handlungsbedarf an. Seit Jahren formulieren auf allen politischen Ebenen von Europa bis zur lokalen Ebene die politisch Verantwortlichen Klimaschutz- und Klimaaktionspläne für die verschiedenen gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsfelder (jedenfalls auf dem Papier) ambitionierte Zielsetzungen. Auch die Stadt Marburg legte eine solche Klimaaktionsplanung vor.

Gleichzeitig -noch weit bedeutsamer- rief die Stadt Marburg den Klimanotstand aus. Er verpflichtet Politik und Verwaltung alle Maßnahmen auf ihre „Klimatauglichkeit“ hin zu überprüfen: also gleichsam einen Klimavorbehalt für jegliches Verwaltungshandeln. Ein eigens dazu gebildeter Klimabeirat erstattet dazu dem Parlament regelmäßig Bericht. In Sachen Verkehr verweist der Klimaaktionsplan durchaus nachvollziehbar auf das derzeit entstehende Gutachten zur Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung 35 (MoVe 35).



Mit diesem Gutachten zur Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung 35 (MoVe 35) erarbeitet ein Verkehrsplanungsbüro für die Stadt Marburg bis 2023 eine neue und den bisherigen Stand fortschreibende Studie zur Entwicklung von Mobilität in unserer Stadt. Seit dem Verkehrsforum und der Verkehrsentwicklungsplanung Marburger Nordstadt und Marburger Westen gingen zwischenzeitlich etwa zwei Jahrzehnte ins Land. Deren zentrale Forderungen nach Reduzierung der Schadstoffemissionen und mithin des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) trägt die Verkehrspolitik in Marburg nicht annähernd Rechnung. Und dies könnte sich auch

durch das jetzt zu erstellende Gutachten erneut bewahrheiten.

Denn die sich während der Diskussion zu diesem Gutachten schon jetzt abzeichnenden Zwischenergebnisse lassen überhaupt nichts Gutes erahnen, eher wenig Nachhaltiges befürchten. Die kürzlich in der Beteiligungsarbeitsgruppe begonnene Zieldiskussion geht von einer sogenannten „Gleichbehandlung“ aller Verkehrsträger aus. Übrigens ganz davon abgesehen, dass man als Zielsetzung die Klimaneutralität zugunsten der Klima„freundlichkeit“ schon jetzt kassiert zu haben scheint. Das Gutachten will also allen Verkehrsträgern völlig unabhängig von ihrem jetzt schon oder auch nicht geleisteten Beitrag zur Nachhaltigkeit optimale Entwicklungsmöglichkeiten einräumen. Dies kann angesichts der realen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte nur als hoffnungslos ahnungslos oder als vorsätzlich zynisch angesehen werden.

Während Optimierungen im Bereich des Umweltverbunds (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) mit manchen Einschränkungen zumindest auf den Weg gebracht wurden, leistet der motorisierte Individualverkehr seit 1990 keinerlei ökologische Beiträge. Technische Verbesserungen werden durch die Konstruktion größerer Fahrzeuge und das Zurücklegen längerer Fahrtstrecken konterkariert. Überhaupt trägt der Sektor Verkehr im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Feldern in keinerlei Weise zur Reduktion von Treibhausgasen oder anderen Emissionen bei: bestenfalls bleibt die Umweltbilanz (negativ) stabil oder aber die Schadstoffemissionen nehmen sogar zu. Unsere seit Jahren vorgetragenen Forderungen nach Verkehrsvermeidung oder Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche und nachhaltige Verkehrsmittel prallt an den Widerständen von Auto- und Straßenbaulobby, Handel und Gewerbe und deren politischen Vertretern ab.

Planungen zur partiellen Autofreiheit des Schulstandorts Leopold-Lukas-Straße sowie Überlegungen einer Verbindung per Trambahn zwischen dem Südbahnhof und dem Klinik- und Universitätsstandort

Lahnberge liegen auf dem Tisch. Ein mit vielen Maßnahmen zur Radverkehrsentwicklung versehener Plan sowie Konzepte zur Installierung einer Seilbahn liegen ebenfalls in den Schubladen. Und nicht zuletzt harren Optimierungen zur Entlastung des Marburger Westens (insbesondere die vom BUND vorgeschlagene Anbindung an den Unternehmensstandort Behring Nachfolgewerke an den Schienenverkehr) der Realisierung. Die damalige zentrale sehr alte Forderung nach einer (kurz vor dem Durchbruch stehende) Umgestaltung der Elisabethstraße zur Umweltstraße kassierten die konservativen Parteien sowie Handel und Gewerbe.

Positiv registrieren wir die Umwandlung der Uferstraße in eine Fahrradstraße, die Abkehr von einer (autoorientierten) Allnatalverbindung sowie neue (alte) grundsätzliche Überlegungen zur Schaffung eines zusätzlichen Verkehrsknotens mit Bahn- und ÖPNV-Halt in Marburg Mitte in Höhe etwa der alten Universitätsbibliothek. Einige Radtrassenergänzungen fallen sicher auch ebenso unter die Habenseite wie die teilweise



Einrichtung von Tempo-30-Bereichen.

Im vergangenen Newsletter schrieben wir, dass dies alles der recht große Wurf in Sachen einer dringend notwendigen Verkehrswende wohl doch nicht sei. Und nun zeichnet sich nach zwei Jahrzehnten Verkehrsentwicklungsplanung in Marburg auch für dies neue Gutachten wieder eine völlig falsche Priorisierung der Verkehrsträger und ihrer Bedeutung ab: dem Umweltverbund gewisse Verbesserungen einzuräumen, den MIV jedoch vollkommen unangetastet zu lassen. Darüber täuschen auch die Einrichtung von Tempo-30-Zonen oder eine unzureichende Reformierung der Parkkonzepte nicht hinweg.

In einer Stellungnahme zum Klimaaktionsplan formulierte der BUND vorrangig die Einführung einer City-

Maut für die Marburger Innenstadt, Ausbau von Taktfrequenz und Kapazität des ÖV, die massive Förderung des Rad- und Fußverkehrs sowie die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Anschluss des Stadtteils Michelbach und insbesondere des Gewerbestandorts Görzhäuser Hof.

Mithin warten weiterhin ganz wesentliche Aufgaben auf ihre Festschreibung im derzeit entstehenden Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsplan MoVe 35, um die Mobilitätswende herbeizuführen und den Klimawandel hoffentlich noch erfolgreich aufzuhalten, wenigstens in seinen gravierendsten Auswirkungen abzumildern. Wir sind allerdings angesichts der derzeitigen Diskussionen nicht allzu optimistisch.

Wolfgang Schuchart



Für alle, die aktiv die Energiewende mitgestalten wollen:



- **Nutzen Sie die Energie der Sonne und werden Sie Bürger Solar Berater*in**

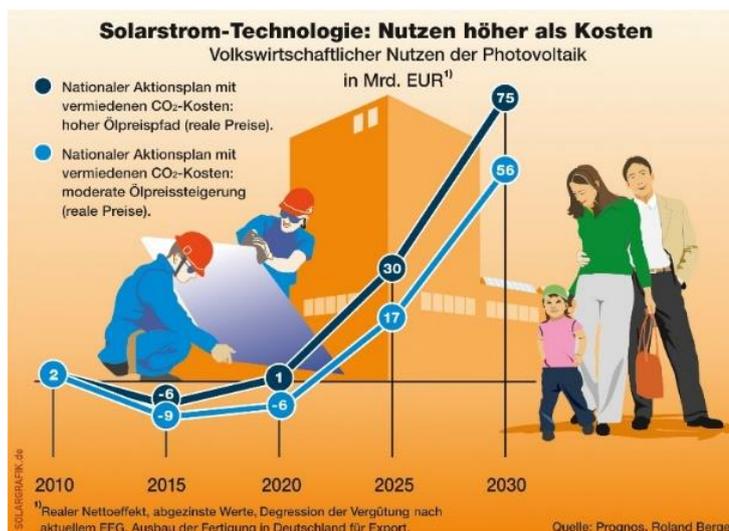
Produzieren Sie mit Hilfe einer Photovoltaikanlage Ihren Strom selbst. Freie Flächen von Eigenheimen, Mietshäusern, gewerblich oder industriell genutzten Gebäuden bieten noch bislang unerschöpftes Potential für Photovoltaik. Im Rahmen des Wettbewerbes arbeitet das Team Marburg, bestehend aus den Fridays for Future, Parents for Future, Scientists for Future, der Philipps Universität Marburg und der Stadtverwaltung, zusammen um die Nutzung dieses Potentials voranzutreiben. Um einen exponentiellen Ausbau von Photovoltaik in den kommenden Jahren zu ermöglichen, ist es enorm wichtig, Dachbesitzer*innen unabhängig und umfassend zu einer PV-Anlage zu beraten.

- **Hoher Bedarf an Solar Beratungen**

Vorhandene Beratungsstrukturen können der stark wachsenden Nachfrage aktuell nicht gerecht werden, weshalb es einer Struktur für Bürger Solar Beratungen bedarf. Um die wachsende Anzahl der notwendigen Beratungen bearbeiten zu können, plant das Team Marburg des Wettbewerbs daher, in Zukunft bei Planung und Anschaffung einer Photovoltaik-Anlage bis 30 kWp mit oder ohne Batteriespeicher zu beraten.

- **Werden auch Sie Bürger Solar Berater*in!**

Dafür stellt das Team Marburg eine Gruppe aus Interessierten für Bürger Solar Beratungen zusammen und lädt dazu ein, Teil dieses Beratungsteams zu werden. Nehmen auch Sie an der gemeinsamen Informationsveranstaltung zur Bürger Solar Beratung am Mittwoch, den 22.09.21, von 14.00 – 17.00 Uhr online teil! Im Anschluss an die Teilnahme von insgesamt 3 Schulungsblöcken (2h+4h+4h) zur Bürger Solar Beratung erhalten Sie ein Zertifikat der Universitätsstadt Marburg. Bitte melden Sie sich bei Interesse über die E-Mail-Adresse klimaschutz@marburg-stadt.de an. Sie helfen uns, wenn Sie uns dabei mitteilen, in welcher Funktion (z.B. „Mitglied im Umweltverband“, „Aktivist*in“) Sie am Treffen teilnehmen.



- **Einladung zum Workshop zur Bürger Solar Beratung am 22.09.21, von 14.00 – 17.00 Uhr online**

Was Sie mitbringen sollten: Interesse und Freude an Photovoltaik. Im Idealfall haben Sie selbst bereits Photovoltaik auf Ihren Dächern und sind den Prozess schon einmal durchlaufen oder planen aktuell Ihre eigene Anlage: Alle Photovoltaikbegeisterten können sich einbringen und Bürger Solar Berater*in werden! Bitte beachten Sie, dass sich dieser Workshop insbesondere an Marburger*innen und Bewohner*innen des Landkreises Marburg-Biedenkopf richtet.

AGENDA

- Vorstellung des Modells Bürger Solar Beratung
- Online-Schulung zum Aufbau von BürgerSolar Beratungsteam
- Potentiale und Möglichkeiten
- Austausch und Klärung von Fragen
-

Die Veranstaltung bietet Ihnen eine Grundlage, um zu entscheiden, ob Sie Teil von Marburgs Bürger Solar Beratungsteam werden möchten und damit aktiv die Energiewende gestalten wollen.

Wie funktioniert die Bürger-Solar-Beratung?

Vor Ort klärt ein*e geschulte*r, ehrenamtliche*r „Bürger Solar Berater*in“ Ihre Fragen, prüft die Dachflächen, ermittelt mögliche solare Erträge und empfiehlt eine Anlagengröße, auf Wunsch auch einen Batteriespeicher. Sie erhalten einen ausführlichen Bericht und Hinweise zum Einholen von Angeboten für PV-Anlagen und ggf. Speicher.

Flyer Wattbewerb Marburg



Was ist der Wattbewerb?

Welcher Stadt gelingt es, ihre Photovoltaik-Leistung zu verdoppeln? Diesem bundesweiten Wattbewerb stellt sich Marburg. Alle Marburger*innen können mitmachen.

Ziel des Wattbewerbs ist es, die Energiewende in Deutschland durch den engagierten Ausbau von Photovoltaik stark zu beschleunigen.

Es gewinnt die Stadt, in der als erstes am meisten Sonne eingefangen wird. Also die Stadt, in der die meiste Photovoltaik-Leistung je Einwohner*in zugebaut wird. Ob Dachanlagen, überbaute Parkplätze oder Balkonmodule – alle Anlagen zählen.

Los geht der Wattbewerb in Marburg am **28.06.2021**, gefolgt von zwei Solar-Beratungstagen am **01. und 02. Juli**. Weitere folgen.

Organisiert wird der Wattbewerb von Fossil Free Karlsruhe, Parents for Future Germany, Fridays for Future Deutschland und Scientists for Future Deutschland.

Mehr Infos unter www.wattbewerb.de

Fang die Sonne ein!

Die Stadt Marburg hilft dabei.

**Mit den Zuschüssen
„Klimafreundlich Wohnen“
für Hausbesitzer*innen und Mieter*innen**

Bis zu 5.000 Euro für eine Photovoltaikanlage
(250 Euro pro kWp)

500 Euro für die Installation eines Stromspeichers

150 Euro für eine Mikro-Photovoltaikanlage, zum
Beispiel auf dem Balkon (exklusiv für Mieter*innen)



Warum Marburg mitmacht

Mit dem Klima-Aktionsplan 2030 hat sich die Universitätsstadt Marburg das Ziel gesetzt, als ganze Stadt bis 2030 klimaneutral zu werden.

Dazu gehört der „größtmögliche Ausbau der Solarenergie“ im Klima-Aktionsplan. Der Wattbewerb hilft, diesen Ausbau voranzubringen.

In Marburg gibt es noch unzählige freie Flächen, die für PV-Anlagen geeignet sind. Sie können für Solarstrom nutzbar gemacht werden. Das gelingt wenn Stadtverwaltung, Stadtwerke und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Ob Eigenheim, Mietshaus, gewerblich oder industriell genutztes Gebäude: Alle haben Dächer mit Potenzial für den Wattbewerb und die Energiewende.

Der Wattbewerb findet in zwei Kategorien statt:

- Städte bis 100.000 Einwohner*innen
- Städte ab 100.000 Einwohner*innen

Schon heute machen mehr als 100 Städte in Deutschland mit.

Auf die Dächer, fertig, los!

Wattbewerb

**Sichere Dir Deine Förderung
für klimafreundliches Wohnen!**

Mit neuem Schwung für die Energiewende
durch den engagierten Ausbau von Photovoltaik

Eine gemeinsame Initiative von:

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT
KLI MANEUTRAL 2030

Philipps-Universität
Marburg

STADTWERKE
MARBURG

FRIDAYS FOR FUTURE
MARBURG

PARENTS FOR FUTURE
MARBURG

SCIENTISTS FOR FUTURE
MARBURG



Nutze die Vorteile der Photovoltaik!

- ☀ Die Sonne schickt in einer Stunde mehr Energie zur Erde als die gesamte Menschheit in einem Jahr aus Erdöl, Erdgas und Atomkraft verbraucht
- ☀ Moderne PV-Module sind so leistungsstark, dass sie auf nahezu jedem Dach von der Ausrichtung Nordost über Süd bis Nordwest rentabel sind
- ☀ Eine PV-Anlage erzeugt in zwei Jahren so viel Energie, wie für die Produktion derselben aufgewendet wird
- ☀ Der Sonnenstrom kann auch zur Erzeugung von Warmwasser oder zum Heizen verwendet werden
- ☀ Alternativen zur eigenen Anlage sind PV-Anlagen zur Miete oder die Verpachtung des eigenen Dachs für die Sonnenstrom-Gewinnung
- ☀ Sonnenstrom lässt sich auch auf kleinem Raum produzieren – mit einer PV-Anlage auf dem Balkon
- ☀ Die dezentrale Stromerzeugung senkt die Kosten für das Stromnetz und sorgt für Netzstabilität
- ☀ PV-Anlagen zählen zu den günstigsten Stromquellen Deutschlands
- ☀ Lokale Energieproduktion schafft nachhaltige Arbeitsplätze in Deutschland

Wir sind für Dich da

Die Universitätsstadt Marburg fördert klimafreundliches Wohnen, Gründächer, E-Bikes, Nachbarschaftsprojekte im Klimaschutz und mehr.

Alle Förderrichtlinien, Antragsformulare, Termine der Beratertage, den Klima-Aktionsplan 2030 zum Download sowie viele weitere Infos zum Klimaschutz gibt es beim

Fachdienst Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel

Software Center 5a in Marburg
 klimaschutz@marburg-stadt.de
 Tel: 06421 201-1421
www.marburg.de/klimaneutral

Für ein lebenswertes und nachhaltiges Marburg

Impressum

Magistrat der Universitätsstadt Marburg
 Markt 1, 35037 Marburg
 Tel: 06421 201-1201
www.marburg.de/klimaneutral
 Facebook: [stadt.marburg](https://www.facebook.com/stadt.marburg)
 Instagram: [universitaetsstadtmarburg](https://www.instagram.com/universitaetsstadtmarburg)

Layout: mr//media
 Franz-Tuczek-Weg 1, 35039 Marburg, www.mr-media.de



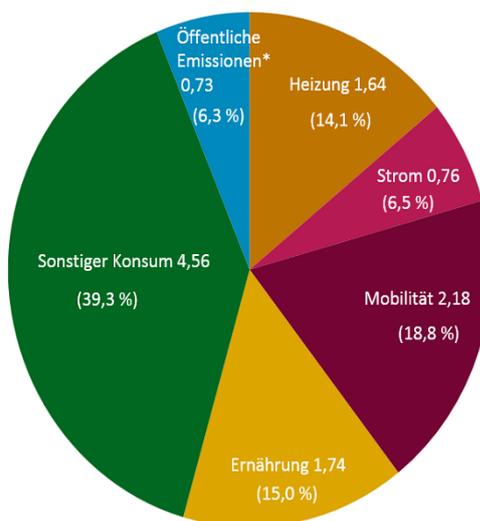
BUND fordert den Klimaaktionsplan um das Handlungsfeld Konsum zu erweitern

Im Klimaaktionsplan der Stadt Marburg fehlt der komplette Bereich des Konsums. Im Plan heißt es dazu: „Die Methodik nach Territorialprinzip bezieht jedoch nicht die Emissionen ein, die durch Einwohner*innen einer Kommune anderswo verursacht werden, z.B. durch Konsum, Ernährung oder Flugreisen.“ Deshalb fehlen im Aktionsplan Aussagen zu diesen Handlungsfeldern.

Diese Bereiche stellen jedoch einen sehr hohen Anteil (ca. 55%) des von uns Marburger*innen verursachten CO₂-Anteiles dar, wie Angaben des Umweltbundesamtes belegen:

Treibhausgasausstoß pro Kopf in Deutschland nach Konsumbereichen (2017)

(in t CO₂e)



* Emissionen aus Verwaltung, Organisation des Sozialwesens, Infrastruktur, Bildung, Wasserversorgung und Abfallentsorgung

Quelle: UBA-CO₂-Rechner (http://www.uba.co2-rechner.de/de_DE)

Nur weil sich diese Bereiche schlecht statistisch erfassen lassen, dürfen sie bei der Klimaschutzdiskussion jedoch nicht außen vor bleiben.

In den Klimaplan der Stadt aus dem Jahre 2009 wurden die Bereiche Konsum und Ernährung noch betrachtet. In dem aktuellen Aktionsplan wanderten, die bereits in der Auftaktveranstaltung „Marburg auf dem Weg zum Klima-Aktionsplan 2030“ am 08.11.2019 gemachten Vorschläge in den Anhang. Der BUND und weitere Organisationen des Klimabündnisses fordern nunmehr die Stadtverwaltung bzw. die Kommunalpolitik auf, die nachstehenden Anregungen für den Bereich Konsum in den Klimaaktionsplan 2.0 aufzunehmen, um ihre Anstrengungen und die der Stadtgesellschaft zu einem allumfassenden Klimaschutz zu verstärken. Nur so kann ein klimaneutrales Marburg bis zum Jahr 2030 realisiert werden.

Unterziel: Bewusstseinsbildung

- Aufklärungsaktionen/Informationskampagnen Klimaschädlichkeit von Konsum und über Lebensqualitätssteigerung durch maßvollen Konsum
- Informationen für die Bürger*innen über Kreislaufwirtschaft (Flyer, Veranstaltungen)
- Werbeeinschränkung im Stadtgebiet (an Bushaltestellen, Litfasssäulen, Plakattafel, u.a.)
- Prüfung der Einführung eines konsumfreien Freitags pro Jahr mit Informationsaktionen zur Klimawirksamkeit des Konsums und über die Notwendigkeit einer Kreislaufwirtschaft



über

- Initiative zur Einrichtung eines Instituts zur Erforschung des Konsumfußabdrucks an der Universität Marburg



Foto: OP-Marburg

Unterziel: Ressourcenschonung durch Nutzungsverlängerung

- Finanzielle Förderung von Nonprofitinstitutionen wie zum Beispiel
 - Werkzeugbibliothek (Beispiel Nordost Seattle)
 - Nähcafé-/werkstatt
 - Repair-Café in der Stadtmitte
 - Gebrauchtwarenhäuser
 - Tausch-/Versenkscheune
 - Wetterfeste Verschenkboxen am festen Ort
 - lokale Tauschbörsenplattform/Tauschnetzwerkwebsite
- Zahlung von Reparaturzuschüssen von 50% bis 100 €
- Organisatorische Unterstützung von Projekten der Stadtgesellschaft insbesondere:
 - Kleidertauschpartys
 - Nähcafé
 - Zero-Waste-Gruppen / -Einrichtungen (Kita, Schule, Café...)
- Gespräche mit Supermärkten zur Abschaffung des Containern-Verbots

Unterziel: Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen

- Erstellung einer regionalen Wirtschaftsstrategie zur Relokalisierung, Stärkung des Handwerkes und Förderung einer Kreislaufwirtschaft in den Bereichen Lebensmittel, Erneuerbare Energie, Gesundheitsvorsorge und Gebäudesanierung (Modell Totnes)
- Unterstützung der Einführung des Klimabonus bzw. einer Regionalwährung
- Anreize durch Subventionen von Gründungen und Umstellungen zur Kreislaufwirtschaft
- Unterstützung eines Regionalwarengeschäfts in der Oberstadt

Die Forderungen für den Bereich Ernährung erfolgen im nächsten BUND-Brief.

STOP dem Grundwasser-Raubbau im Amöneburger Becken

I. Zur Erinnerung: 1975 Herbert Gruhl als Rufer in der Wüste

Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern an ein Buch im Jahr 1975 mit dem Titel „**Ein Planet wird geplündert**“. Verfasser war der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl. Sein verzweifelter Aufruf war gerichtet nicht nur an die anonyme Weltgemeinschaft sondern insbesondere an die Bürger und politisch Verantwortlichen unserer Republik. Fokussiert sind **alle endlichen Ressourcen**. Die wichtigste davon für Mensch und Natur ist das Wasser, insbesondere **Trinkwasser als das wichtigste Lebensmittel Nr. 1**.



II. Lernt Kommunalpolitik aus den Klima Extremjahren 2018 - 2020 ?

Man sollte meinen, dass die klimatischen Extremjahre 2018 - 2020 von Politik und Verwaltung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und ebenso dem Regierungspräsidium Gießen als unmissverständliche Lektion verstanden worden wären. Weit gefehlt!. Angesichts versiegender Quellen, trockengefallener Bäche, monatelanger nie da gewesener Niedrigstwasserführung von Lahn und Ohm fällt den Verantwortlichen nichts anderes ein als: Das Amöneburger Becken ist unnötig überfüllt mit noch nicht ausgebeutetem Grundwasser und das muss sich ändern. Die „verantwortlich“ Handelnden sind die Bürgermeister/Oberbürgermeister in Ebsdorfergrund, Amöneburg, Kirchhain und Marburg. Sie haben sich zusammenschlossen zu einer kommunalen Grundwasser-Ausbeuter-Gemeinschaft und glauben an die wundersame Unerschöpflichkeit von Wasservorräten am Grund des Amöneburger Beckens. Insbesondere der stets findige Bürgermeister Schulz in Ebsdorfergrund hat am Beckenboden das „*blaue Gold*“ entdeckt, das es nun zu versilbern gilt.



Längst wissenschaftlich erhärtete Fakten und Folgen des Klimawandels werden mit nicht mehr erträglicher Ignoranz gelehnet und zielgerichtetes Handeln demzufolge verweigert. Beispiele:

Die Verteilung der Niederschläge ändert sich zu einer Häufung von Starkniederschlägen, von denen hohe Anteile kurzfristig von versiegelten Flächen, Bächen und Flüssen abgeleitet werden und damit für die Vegetation in der Natur, Land- und Forstwirtschaft verloren sind. Ebenso fehlen sie auch für die Grund-

wasserneubildung.



Das Hessische Landesamt für Umwelt prognostiziert für Hessen global einen Rückgang der Grundwasserneubildung aufgrund verschiedener negativ gekoppelter Faktoren um bis zu 30%.

Nach wie vor gibt es keinerlei Sensibilität für die Notwendigkeit zur Umsetzung von konkreten Maßnahmen einer sparsamen rationellen Bewirtschaftung der Ressource Wasser. Negative Beispiele liefert unter anderen die Stadt Marburg mit derzeit mindestens fünf Bebauungsplänen, in denen das gesetzlich geforderte Gebot eines zweckgebundenen Einsatzes von Trinkwasser vorsätzlich missachtet wird. **Trinkwasser als das wertvollste und knappste Lebensmittel soll auch weiterhin in den neuen Baugebieten zur Toilettenspülung missbraucht werden.** Rechtlich geboten ist demgegenüber der Brauchwassereinsatz aus Regenwassernutzung, aufbereitetem Grauwasser und ergänzend dezentral gewonnenem Grundwasser ohne weitergehende Aufbereitung. Der noch gültige Regionale Raumordnungsplan 2010 für Mittelhessen formuliert dazu auf S. 138 den verbindlichen Grundsatz: **„Trinkwasser soll sparsam genutzt werden und möglichst nur für Zwecke verwendet werden, bei denen der Trinkwasser Qualitätsstandard erforderlich ist“.** Dieser Grundsatz wird von der Stadt Marburg, weiteren Kommunen und dem Landkreis selbst durchgängig missachtet. Mindestens ebenso sträflich wird er ignoriert in den einschlägigen Stellungnahmen der Unteren Wasserbehörde beim Kreisausschuss Marburg-Biedenkopf. Nicht anders ignoriert das Regierungspräsidium Gießen selbst in seinen Stellungnahmen zu Bebauungsplänen die eigenen regionalplanerischen Grundsätze.

Das hier von unserem Verband kritisierte Handlungsmuster führt dazu, dass bei Neubauten und Gebäudesanierungen ein Trinkwasser-Einsparpotenzial von etwa 30% weiterhin ungenutzt bleibt. Diese unreflektierte Fortsetzung überholter und dabei rechtsbedenklicher Handlungsmuster ist schlichtweg absurd angesichts der dramatischen Entwicklungen im Klimawandel.

III. Untragbare Zulassung einer Probebohrung in Schröck durch das Regierungspräsidium Gießen ohne Vorliegen eines Bedarfsnachweises



Eine völlig inakzeptable Position nimmt das Regierungspräsidium Gießen ein. Unter Missachtung essenzieller Anforderungen aus dem einschlägigen Wasserrecht ebenso wie aus dem Projekt **Integriertes Wasser-Ressourcen-Management** des Hessischen Umweltministeriums wurde die Niederbringung einer Probebohrung zugelassen.

Der BUND Marburg-Biedenkopf fordert die umgehende Einstellung von Probebohrungen zur Ausbeutung von Grundwasservorräten in MR-Schröck und anderswo! Er fordert demgegenüber einen grundlegenden Paradigmenwechsel von einer fortgesetzten Ausbeuter-Erschließungspolitik zu einer nachhaltigen Ressourcenschonungspolitik durch sparsam-rationelle Bewirtschaftung. Im Gegensatz zur Energiepolitik ist die Notwendigkeit dieses Paradigmenwechsel in der Wasserpolitik immer noch nicht begriffen.

Konkret bezogen auf die Trinkwasserversorgung im Landkreis und darüber hinaus stellt der BUND fest: **Es besteht keine Versorgungslücke für die Trinkwasserversorgung, sie ist auch nicht zu befürchten.** Die Fakten:

Die Trinkwasserversorgung im Marburger Land erfolgt primär durch den Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke in Gießen - ZMW - als Zusammenschluss seiner kommunalen Mitglieder, zu denen auch Marburg gehört. Seine Wasserversorgung ist gestützt auf die Grundwasserförderung in den Wasserwerken Wohratal und Stadtallendorf. Für beide Wasserwerke wurden die Förderrechte in jüngster Vergangenheit erneuert und dabei deutlich ausgeweitet:

A. Wasserwerk Wohratal: Förderrecht 9.500.000 cbm/J, Zeitraum 2016 bis 2046

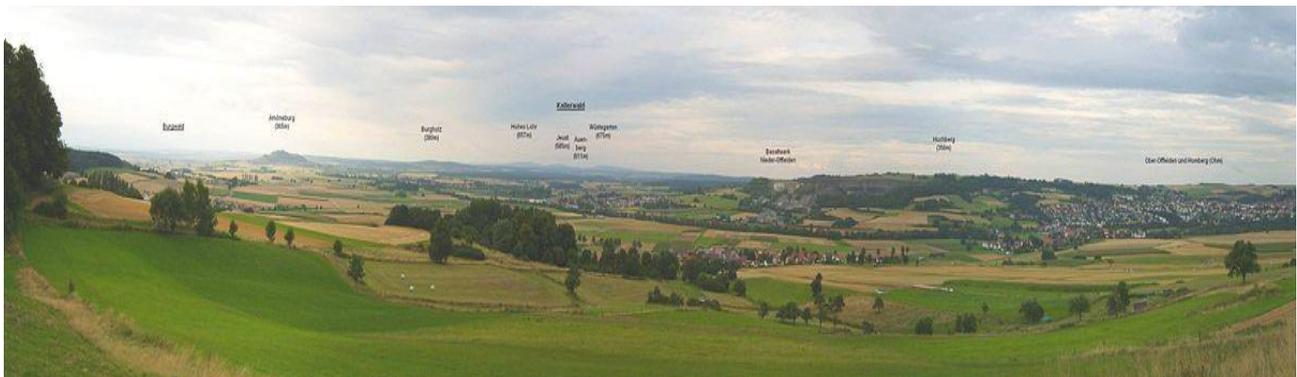
B Wasserwerk Stadtallendorf: Förderrecht 15 Mio cbm/J. Zeitraum 2021 bis 2051.

In einer Presseerklärung vom April 2021 zum neuen Bescheid für das WW Stadtallendorf wird Regierungspräsident Dr. Ullrich zitiert mit den Worten: „**Ich bin stolz, dass dieses komplexe Verfahren nun zu einem guten Abschluss gekommen ist und damit die Wasserversorgung der Menschen und Arbeitsstätten in Mittelhessen gesichert ist!**“ Wie kann es in Anbetracht dieser Aussage dazu kommen, dass nur wenige Wochen später dasselbe Regierungspräsidium mit Zulassung einer Probebohrung in MR-Schröck den Startschuss gibt für eine erneute Ausweitung der Grundwasserausbeutung? Dieser Vorgang steht zudem in eklatantem Widerspruch zu den Grundsätzen des vom Hessischen Umweltministerium initiierten Projektes „**Integriertes Wasser Ressourcen Management - IRWM** - “ 2019. Vorrangig vor der Ausweitung von Grundwassererschließung ist die Vorlage eines

konsistenten Wasserversorgungskonzeptes durch die Kommunen. Ein solches Konzept haben die vier Ausbeuter-Kommunen zur Erschließung des Amöneburger Becken bisher nicht vorgelegt.

Zusätzlich zur Versorgung durch den ZMW betreiben die Stadtwerke Marburg die eigenen Wasserwerke Michelbach und Wehrda. Für das Werk Wehrda haben sie den Neubau zum Ersatz der Altanlage angekündigt. Das Förderrecht für Wehrda besteht in Höhe von 2,4 Mio cbm/J und ist damit nicht ausgeschöpft bei einer durchschnittlichen jährlichen Fördermenge in Höhe von 1,5 Mio cbm/J in den zurückliegenden Jahren.

Mit der Erneuerung der Wasserrechte für die Wasserwerke Wohratal und Stadtallendorf wurde dem ZMW der Wasserverkauf aus unserer Region erlaubt in Höhe von bis zu 5 Mio cbm/Jahr gegen den gemeinsamen Widerstand von BUND und der **Aktionsgemeinschaft Rettet den Burgwald**.



Amöneburger Becken | Marburg-Biedenkopf, Vogelsbergkreis

Beliefert wird die Stadt Frankfurt. Der BUND Hessen wirft der Stadt Frankfurt vor, dass sie ihrer gesetzlichen Pflicht zur weitestmöglichen Eigenversorgung nicht nachkommt und sich statt dessen der Ausbeutung des Umlandes bedient. Tatsache ist, dass die Stadt Frankfurt ihre Eigenversorgung durch Ausbau der Aufbereitung und Infiltration von vorgereinigtem Mainwasser im Stadtwald Frankfurt sichern kann, was eine Fremdlieferung aus dem Marburger Land entbehrlich macht. Daraus resultiert die konsequente

Forderung des BUND: Sollte es zu einer Zulassung von weiteren Grundwasserentnahmen durch örtliche Kommunen im Versorgungsbereich des ZMW kommen, muss die dem ZMW zugestandene Exportmenge entsprechend gekürzt werden. Dies sieht unser Verband als zwingende Konsequenz aus der epochalen Veränderung des Klimageschehens, die bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.



BUND OV Kirchhain sucht Betreuer/Betreuerinnen für seine Kindergruppe



Die Kirchhainer Grashüpfer gibt es seit 2004. An jedem Montag Nachmittag treffen sich etwa 20 Kinder zwischen fünf und zehn Jahren, um auf spielerische Weise in der Natur auf Entdeckungsreise zu gehen. Ziel ist es in erster Linie, Kinder für die Wunderwelt der Natur zu begeistern, die Natur als Erlebnisraum für Kinder zu erschließen. Es wird getobt, geklettert, gespielt, experimentiert, neue Erfahrungen werden gesammelt und Wissen über die Natur vermittelt – aktiv bei Wind und Wetter.

Die Kirchhainer Grashüpfer sind ein Gemeinschaftsprojekt des BUND Ortsverbandes Kirchhain und der Stadtjugendpflege Kirchhain (JUKUZ). Zur Weiterführung dieser Kindergruppe suchen wir dringend Betreuer/Betreuerinnen mit pädagogischen Engagement und biologischem Hintergrundwissen. Wir haben außerdem eine lange Warteliste, so dass sogar eine zweite Gruppe zustande kommen könnte - allein uns fehlen Teamer. Schön wäre es, wenn sich auch männliche Teamer finden würden, denn für die vielen Jungs in der Kindergruppe wäre dies beim Toben durchaus von Vorteil. Eine angemessene Bezahlung wird zugesichert.

Wer Lust und Interesse hat, an unserer Kindergruppe mitzuwirken, melde sich bitte per eMail an: dorothea_schmidt@web.de



BUND-Adressen**Kreisverband MR-BID**

Krummbogen 2
35139 Marburg
Tel: 06421-67363
info@bund-marburg.net
Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 13.00

Landesverband Hessen

Geleitstr.14
60599 Frankfurt/Main
Tel: 069-6773760
Fax: 069-67737620
bund.hessen@bund.net

Bundesverband

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel: 030-2758640
Fax: 030-27586440
presse@bund.net

**Biedenkopf-Breidenbach-
Dautphetal**

Matthias Schneider
Landgrafenstr. 2
35216 Biedenkopf
Tel: 06461-4956
schneidm1@gmx.de
0174/3929220
Treffen: nach Bedarf

**Gladenbach-Lohra-
Bad Endbach**

Dagmar Jäkel
Eichenweg 5
35080 Bad Endbach
Tel. 02776 7798
dagjaekel@web.de
Treffen: nach Bedarf

Marburg

Ingmar Kirck
Cappeler Str. 42
35039 Marburg
Tel 06421-6978012
ikirck@web.de
Treffen: mittwochs, 19:30 Ge-
schäftsstelle

Wohratal

Harald Homberger
Heimbacher Weg 3
35288 Wohratal
Tel: 06453-1699
harald-carmen@web.de
Treffen: nach Bedarf

Weimar

Siegfried Koch
Waldstr. 6
35096 Weimar
Tel: 06426-5955
mail@sikoch.de
Treffen: nach Bedarf

Ebsdorfergrund

Reinhard Otto
Sembergsweg 2
35085 Ebsdorfergrund
Tel: 06424-3986
Treffen: nach Bedarf

**Kirchhain-Amöneburg-
Rauschenberg**

Dr. Ralf Büchler
Hintergasse 30
35274 Kirchhain-Langenstein
Tel: 06422-1838
ralph.buechler@t-online.de
Treffen: 1. Mittwoch 20.00

**Neustadt und seine
Ortsteile**

Michael Krieger
Kriegergasse 2
35279 Neustadt
Tel: 06692-202833
mi.krieger@web.de
Treffen: nach Bedarf



Förderprogramm

Energie sparen und Umwelt schonen!

- Stromeinsparmaßnahmen
 - Wechsel zu Erdgas und Solarthermie, Mikro-KWK, Gaswärmepumpe
 - Erdgas-Kraftfahrzeuge
 - Elektromobilität

Bereits mehrfach mit „sehr gut“ vom BUND-Hessen ausgezeichnet



STADTWERKE  MARBURG

06421/205-505 ● www.stadtwerke-marburg.de